

# RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Nr.: 06/2016

23. Jahrgang

22. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 06. Juli 2016

## Tausende denken die Mitte neu

LINKE erneut mit Antrag für Mercure-Erhalt

Einen großen Karton mit neun Ordnern und tausenden eingehafteten Unterschriftenlisten brachte die Initiative „Potsdamer Mitte neu denken“ zu Beginn der Stadtverordnetenversammlung in den Plenarsaal des Stadthauses.

17017 Unterschriften hat die Initiative gesammelt, tatkräftig unterstützt auch von der Fraktion der LINKEN und der ANDEREN, die sie dem Wahlleiter Matthias Förster übergab. Dabei betonten die Protagonisten in kurzen

Statements am Mikro noch einmal, worum es ihnen mit ihrer Gegenbewegung gegen das „Leitbautenkonzept zur Annäherung an die historische Mitte“ geht: Nicht vordergründig DDR-Architektur solle gerettet, sondern der öffentliche Raum bewahrt und vor der Veräußerung in Privatbesitz geschützt werden. Genau darum geht es! Die Initiative will vor allem den Verkauf weiterer Grundstücke in der Mitte Potsdams verhindern und die bestehenden Bauten wie Fachhochschule und Staudenhof erhalten.

Matthias Förster wird nun die Rechtmäßigkeit der Fragestellung für das Bürgerbegehren rechtlich bewerten lassen und überprüfen, ob das Quorum von 10 Prozent der wahlberechtigten Potsdamerinnen und Potsdamer mit gültigen Unterschriften erreicht wurde, das wären 13600.

Dann wird die Stadtverordnetenversammlung darüber abstimmen. Bei vermutlicher Ablehnung würde ein Bürgerentscheid eingeleitet werden, bei dem dann allerdings 25 Prozent der Wahlberechtigten

zustimmen müssten (rd. 34000 Potsdamer).

Vor diesem Hintergrund brachte die LINKE



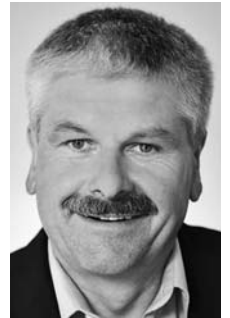
erneut einen Antrag ein, auf den Abriss des Mercure zu verzichten. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg erinnerte in der Antragsbegründung daran, dass mit dem Beschluss zur Änderung der Sanierungsziele im März der Oberbürgermeister innerhalb von vier Monaten ein Finanzierungskonzept für den Erwerb und den Abriss des Hotels vorlegen sollte. Nach zwischenzeitlicher Information des Oberbürgermeisters gebe es allerdings keine Verkaufsabsichten des damaligen Eigentümers. Der danach vollzogene Eigentümerwechsel des Pakets von zehn ehemaligen Interhotels der DDR für 60 Millionen Euro pro Hotel lege nahe, dass die Stadt diesen Betrag mindestens aufbringen müsste. Unter Berücksichtigung der Beschlusslage, die den Einsatz städtischer Mittel ausschließt, muss von dem Sanierungsziel „Abriss des Mercure“ Abstand genommen werden.

Der Antrag wurde in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr sowie den Hauptausschuss überwiesen.

### Mit auf den Weg ...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

Die Stadtverordnetenversammlung hat einen neuen Sozialbeigeordneten gewählt. Im dritten Wahlgang stimmten 27 Stadtverordnete für Mike Schubert, 26 gegen ihn bei zwei ungültigen Stimmen. Im ersten Wahlgang hätten



sich 29, also mehr als die Hälfte aller 56 Stadtverordneten für den Vorschlag des Oberbürgermeisters aussprechen müssen. Tatsächlich waren es nur 23 Ja-Stimmen bei 31 Nein-Stimmen. Im zweiten Wahlgang, in dem die einfache Mehrheit reicht, also mehr Ja-Stimmen als Nein-Stimmen, waren es 26 Stimmen für Schubert, aber 27 gegen ihn. Erst im dritten Wahlgang war Schubert mit einer Stimme Mehrheit gewählt. Das war ein erbärmliches Schauspiel. Die Linksfraktion hatte im Vorfeld dafür geworben, nach dem Prinzip der besten fachlichen und persönlichen Eignung zu entscheiden und nicht nach der auf Selbstbedienung und Postenschacher ausgerichteten Arithmetik der Rathauskooperation.

Schließlich waren nach dem professionellen Auswahlverfahren gute Chancen für eine qualifizierte Besetzung gegeben. Die in einer Bewertung dargestellten besten Voraussetzungen hatte eine Bewerberin mit hoher fachlicher und persönlicher Eignung. Also eigentlich eine ideale Situation auch im Sinne der Gleichstellung bei der Besetzung dieser Spitzenfunktion in der Stadtverwaltung.

Das verhinderten SPD, CDU und Grüne, indem sie das klare Ergebnis der Vorauswahl "korrigierten" und eben nicht die Frau, sondern den SPD-Fraktionschef benannten. Diese Kumpanei, die nichts mit dem Wohl der Stadt zu tun hat, wird sich rächen.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

## Altersarmut auch in Potsdam ansteigend

Laut einer Bertelsmann-Studie zur Altersarmut bezogen im vergangenen Jahr mehr als 900 Rentner (2,7 Prozent) in Potsdam Grundsicherung im Alter. Zehn Jahre zuvor waren es noch 532. Die Zahl hat sich demnach fast verdoppelt. Wie hoch die Dunkelziffer



ist, Menschen aus unterschiedlichsten Gründen keinen Antrag auf staatliche Unterstützung stellen, ist nicht bekannt. Wir müssen auch als Kommune verstärkt unser Augenmerk auf dieses Problem richten. Schwerpunkt LINKER Politik in der aktuellen Wahlperiode wird der Kampf für bedarfsgerechten Wohnraum und angemessene medizinische und pflegerische Dienstleistungen sein. So muss es einen Ausbau von bezahlbaren Angeboten des Betreuten Wohnens für SeniorInnen entsprechend den tatsächlichen Erfordernissen geben. Wir müssen Lösungen für die kostenfreie Bereitstellung öffentlicher Räume und Einrichtungen für eine generationenübergreifende Freizeitgestaltung, diskutieren und finden. Rentnerinnen und Rentner dürfen nicht auf altersbedingte Defizite und ihren Pflegebedarf reduziert werden. Wir brauchen ihren Sach- und Fachverstand. Potsdams Seniorenbeirat war und ist uns dabei weiterhin ein kompetenter Wegbegleiter. Gemeinsam mit dem Beirat werden wir uns für eine Stabilisierung UND Verbesserung der Lebensbedingungen unserer älteren Bevölkerung in Potsdam einsetzen. „Gemeinsam statt einsam!“ – so unsere Devise für die kommenden Jahre.

Jana Schulze  
sozialpolitische Sprecherin  
der Fraktion DIE LINKE

### Gewalt von Links?

Sascha Krämer erwartete einen Standpunkt des Oberbürgermeisters zu der Aussage des CDU-Fraktionsvorsitzenden Finken in der vorigen SVV im Zusammenhang mit angeblichen persönlichen Angriffen auf Mitarbeitende der Pro Potsdam, die die Info-Box am Alten Markt betreuten, dass auch Gewalt von links keine gute Gewalt sei – wer die politische Verantwortung dafür trage, brauche er nicht weiter auszuführen. Jakobs meinte, er habe Finken nicht so verstanden, dass LINKE und ANDERE zur Gewalt aufgerufen hätten.

### „Transparente Weltkugel“

Die Wiederaufstellung der Plastik „Transparente Weltkugel“ wird ca. 93.000 Euro kosten. Das teilte Dr. Iris Jana Magdowski auf die Frage von Dr. Karin Schröter mit. 40.000 Euro wären für die Aufarbeitung und Sanierung der Einzelteile und 35.000 Euro für den Zusammenbau nötig. Das Fundament koste 10.000 Euro, die Planung des Ganzen 8.000 Euro. Eine Finanzierungsmöglichkeit sei im Moment nicht absehbar. Sie rief dazu auf, mit Kreativität und Initiative die Kosten zu minimieren.

### Bürgerhaushalt

Matthias Lack fragte, wie der Turnus des Bürgerhaushaltes dem des städtischen Haushaltes angepasst wird. Burkhard Exner versicherte, dass die Verfahren künftig zeitlich korrespondieren werden.

### „Verwurzelung“

Matthias Lack hatte den Fall einer Flüchtlingsfamilie aufgegriffen, deren berufliche und soziale Integration von der Ausländerbehörde in Frage gestellt wurde. Elona Müller-Preinesberger erklärte, dass die Ausländerbehörde nach Gesetzeslage urteile, nach der bei dem Aufenthaltsstatus „Duldung“ eine „Verwurzelung“ nicht entstehen könne, da diese mit einer „Entwurzelung“ im Heimatland einhergehe. „Menschlich und humanitär ist das schwer nachvollziehbar“, sagte die Beigeordnete.

### Abfahrt Nuthestraße

Nach dem Stand der Vorbereitung für die Wiederherstellung der Abfahrt von der Nuthestraße in das Wohngebiet Zentrum Ost, fragte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg.

Andreas Goetzmann verwies darauf, dass die Verwaltung der September-SVV die Unterlagen einer ergebnisoffenen Prüfung vorlegen werde. Er zerstörte die Hoffnung auf eine kurzfristige Lösung: „Den Zwischenzustand aus der Baustelle wieder herzustellen, geht nicht.“ (Die Abfahrt war während der jahrelangen Bauarbeiten an der Nuthestraße temporär eingerichtet und nach deren Beendigung geschlossen worden.) Nun müsse eine regelkonforme Abfahrt mit Ampeln und Verzögerungsspuren ingenieurtechnisch geplant und gebaut werden.

### Zweckentfremdung von Wohnraum

Zu der von der LINKEN initiierten Forderung nach Wiedereinführung des Verbotes der Wohnraumzweckentfremdung habe man Gespräche mit der Landesregierung aufgenommen, sagte Elona Müller-Preinesberger auf die Frage von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg. Im Städte- und Gemeindebund werde er das Thema im August thematisieren, sagte der Oberbürgermeister.

### Gehweg „Auf dem Kiewitt“

Auf den schlechten Zustand des Gehweges „Auf dem Kiewitt“ wies Dr. Karin Schröter hin und fragte nach Möglichkeiten der Abhilfe. Andreas Goetzmann stellte eine „umfangreichere Instandhaltung“ für das III. Quartal in Aussicht. Eine eigentlich notwendige grundlegende Erneuerung wäre beitragspflichtig, die Anlieger müssten 75 % der Kosten tragen, vor 2020 sei damit allerdings nicht zu rechnen.

### Barrierefreier Zugang Alte Fahrt

Jana Schulze griff die negativen Schlagzeilen im Zusammenhang mit der Eröffnung der Uferpromenade Alte Fahrt auf: Der barrierefreie Zugang zur Promenade ist nicht oder nur kompliziert möglich. Dabei hatte die SVV eigens auf Barrierefreiheit gedrungen. Ab wann der Zugang für alle Potsdamerinnen und Potsdamer ermöglicht werde, wollte sie wissen. Andreas Goetzmann erläuterte, dass ein Aufzugsturm wegen unterirdischer Leitungen nicht gebaut werden konnte, für die nun gebaute Hebeeinrichtung aber die Vorschrift existiere, dass sie nur einem eingeschränkten Benutzerkreis, also nicht öffentlich, zugänglich sein dürfe. Die Verwaltung erarbeite derzeit eine Reihe kurzfristiger Maßnahmen.

### Bürokratie für Seniorenbeirat

Wann die Besetzung des Büros des Seniorenbeirates mit einer Bürokratie wieder gewährleistet ist, fragte Jana Schulze.

Elona Müller-Preinesberger teilte mit, dass zum 1. Oktober eine Bürokratie für zwei Jahre eingesetzt wird. Bis dahin werde der Seniorenbeirat bei Bedarf mit freien Kapazitäten aus der Verwaltung unterstützt.

### Abgelehnt

### Erweiterung der Verantwortung der STEP

Abgelehnt wurde der Antrag der LINKEN, die Verantwortung der STEP bei der Abfallentsorgung um die Öffentlichkeitsarbeit und die Erhebung und Einziehung der Gebühren zu erhöhen.

### Soziale Arbeit mit Flüchtlingen

In Abstimmung mit den Trägern für Integrationsarbeit, den künftigen Integrationslotsen, den ehrenamtlichen Flüchtlingsinitiativen sollen aufeinander abgestimmte Hilfsangebote und individuelle Handlungsleitfäden für Flüchtlinge erarbeitet werden. Die SVV beschloss den Antrag, im November 2016 soll über den Stand berichtet werden.

### Nachbarschafts- und Begegnungshaus Potsdam West

Nach Zustimmung des Finanz- und des Hauptausschusses beschloss auch die SVV den Antrag der LINKEN, der allerdings im Kulturausschuss von einem Auftrag zu einem Bekenntnis umformuliert wurde. Antragseinbringerin Dr. Karin Schröter bezeichnete diese Fassung, die dann auch beschlossen wurde, als „zu weich“. Sie lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich zu dem Ziel der weiteren Entwicklung der Scholle 34 (Stopp des weiteren Verfalls und Wiedernutzbarmachung der Immobilie der früheren Gaststätte „Charlottenhof“ in der Geschwister-Scholl-Straße 34) zu einem öffentlich genutzten Nachbarschafts- und Begegnungshaus mit Familienzentrums. Sie begrüßt die Arbeit des Stadtteilnetzwerkes Potsdam-West und unterstützt es bei seinem weiteren Vorgehen.“

### Integrationsgarten am Schlaatz

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion formulierte den Antrag der LINKEN, mit einer Grundfinanzierung die Arbeit des Integrationsgartens am Schlaatz dauerhaft sicherzustellen, um: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Arbeit des Integrationsgartens mit seinen Projekten auch über das Jahr 2017 zu sichern. In Gesprächen mit dem Träger ist auszuloten, welche Möglichkeiten einer dauerhaften Förderung durch die Landeshauptstadt in diesem Sozialraum erforderlich sind.“ Die SVV ist im September 2016 zu informieren. Der Antrag wurde so beschlossen.

### Freie Fahrt für alle Kindergartenkinder

Verbindlicher formulierte der Hauptausschuss den Antrag der LINKEN und beschloss den Auftrag an den Oberbürgermeister, „dafür Sorge zu tragen, dass mit dem neuen Kindergartenjahr 2016/2017 Kinder bei gemeinsamen Gruppenausflügen ihrer Kita bis zum Schuleintritt kostenlos fahren dürfen.“ So brauchen auch Kita-Kinder, die bereits über 6 Jahre alt sind, für diese Fahrten mit dem ÖPNV nicht zu bezahlen.

### Rechenzentrum

Mit ihrem Antrag hat die LINKE erreicht, dass der Oberbürgermeister beauftragt wird zu prüfen, wie die temporäre Nutzung des Rechenzentrums für die Kreativwirtschaft längerfristig, über die bisher bestehende Begrenzung bis 2018 hinaus, ermöglicht werden kann. Es soll die Nutzungsdauer definiert, die Planung und Finanzierung von Instandhaltungsmaßnahmen aus dem laufenden Betrieb kalkulierbar gemacht werden. Dazu ist mit der Stiftung Garnisonkirche eine Vereinbarung über den Zeitrahmen zu treffen, der die Option etappenweiser Verlängerung umfasst. Parallel dazu soll bis Ende 2016 über die Nachnutzung des Standortes Garde-Husaren-Kaserne berichtet und bei der Vermarktung des Langen Stalls die kultur- und kreativwirtschaftliche Nutzung ermöglicht werden.

### Zeitplan Parköffnung am Pflingstberg

Einen Zeitplan zur schrittweisen Wiederherstellung der öffentlichen Zugänglichkeit des Parks am Pflingstberg soll der Oberbürgermeister im November 2016 vorlegen. Das beschloss die SVV. Eine weitere Forderung des Antrages der LINKEN, im nächsten Jahr in einem ersten Schritt das Areal für die Öffentlichkeit wieder erlebbar zu machen, wurde gestrichen.

### Dach- und Fassadenbegrünung

Ausnahmslos zustimmend ist der Antrag der LINKEN von den Ausschüssen bewertet worden, die Liegenschaften des städtischen Wohnungsunternehmens

schrittweise mit Dach- und Fassadenbegrünung auszustatten. Bis zum März 2017 soll ein Strategieplan entwickelt werden, der auch mögliche Fördermöglichkeiten enthält. Der Arbeitskreis Stadtpuren ist über das Ergebnis zu informieren.

### Informationstafel für Schlaatz

Für Vereine und andere Aktive im Wohngebiet Schlaatz gibt es keine Möglichkeit, öffentlich zu informieren. „Nicht jeder benutzt das Internet“, meinte Sascha Krämer in der Begründung des Antrages der LINKEN. Stadtteilrat und Stadtverwaltung sollen nun einen günstigen Platz auswählen und ein Nutzungskonzept beraten.

### Zuwendungsbescheid

Das Projekt des Stadtteilnetzwerkes Potsdam West erhält von der Stadt nur unregelmäßige Zahlungen und unverbindliche Zusagen zur Weiterförderung. Spätestens Anfang August soll dem Stadtteilnetzwerk ein verbindlicher Zuwendungsbescheid für 2016 vorgelegt werden, beschloss die SVV in sofortiger Abstimmung.

### Verkehrsberuhigung in Grube

Den eigenen Antrag hat die LINKE zurückgezogen und sich dem Antrag von SPD und den Grünen angeschlossen. Es besteht Einigkeit darüber, dass im Ortsteil Grube eine Verkehrsentslastung erreicht werden muss. Im November 2016 soll in einem Prüfbericht vorgelegt werden, welche Maßnahmen dazu erforderlich sind.

### Beseitigung von Splitt

Auf einen Antrag der LINKEN hat die Verwaltung zügig reagiert und eine Änderung der Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung vorgelegt. Demnach ist derjenige für die Beseitigung von Streumitteln wie Splitt und Sand verantwortlich, der sie aufgebracht hat.

## Überwiesen in die Fachausschüsse

### Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Nuthestraße

Da die Bemühungen, die Lärmbelastung an der Nuthestraße durch Schallschutzmaßnahmen zu verringern, bisher erfolglos waren, schlägt die LINKE vor, in den Nachtstunden die Höchstgeschwindigkeit im Bereich des Wohngebietes Am Stern auf maximal 50 km/h zu begrenzen. Der Antrag wurde in die Ausschüsse für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr und für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung überwiesen.

### Verkehrssicherheit Humboldt-ring/Babelsberger Straße

In den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr wurde der Antrag der LINKEN zur Erhöhung der Verkehrssicherheit im Humboldtring/Babelsberger Straße überwiesen. Geprüft werden soll, welche Maßnahmen für die Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern, einschließlich einer 30 km/h-Begrenzung, möglich sind. Der Prüfbericht soll im November 2016 vorgelegt werden.

### Räume für Deutschunterricht für Flüchtlinge

Weil die Kapazitäten der Räumlichkeiten für den Deutschunterricht im Umfeld der Flüchtlingsunterkunft

in der Zeppelinstraße nicht ausreichen, begründete Sascha Krämer den Antrag der LINKEN, sind weitere Räume in der Nähe zu erschließen. Der Antrag wird im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion behandelt.

### Kürzere Bauzeiten in Babelsberg

Dem SPD-Antrag, mit der Deutschen Bahn über eine Verkürzung der Bauzeit an der Bahnstrecke in Babelsberg zu verhandeln, fügte die LINKE in einem Ergänzungsantrag ein konkretes Ziel hinzu: Die Verkürzung um ein Drittel der Bauzeit von geplanten sechs Jahren soll erreicht werden. Der Antrag, samt Ergänzungsantrag, wird im Hauptausschuss behandelt.



### Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107; Beginn jeweils 18 Uhr: Sommerferien vom 21. Juli bis 03. September 2016  
29. August 2016; 05.; 12.; 19. und 26. September 2016

### 23. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Stadthaus, Plenarsaal

14. September 2016, Beginn 15 Uhr  
**Frühschoppen Rathausreport Live**  
18. September 2016; Beginn 10 Uhr  
Burgstraße 20, Clubraum (7. Etage)

### Ausgabe des „Rathausreport“ Nummer 7/2016

Stadthaus, Raum 3.107  
23. bis 27. September 2016  
(außer Sa. und Sonntag)

### Info- Stände in den Stadtteilen

23. und 24. September 2016  
Mit der Ausgabe des „Rathausreport“ und Informationen zu den Ergebnissen der 23. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

### Bürgersprechstunde

### Dr. Hans- Jürgen Scharfenberg, MdL und Fraktionsvorsitzender

Am 19. Juli 2016 von 17 Uhr bis 18 Uhr im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern\*Zeichen)  
Vorankmeldungen sind möglich unter: Tel: 0331/6005069, Mail: buero.scharfenberg@gmx.de

## Aufregung über „Postenschacher“

Dass die Wahl-Farce des Beigeordneten natürlich Thema Nr. 1 bei den Gästen des Rathausreport live im Bürgerhaus am Schlaatz war, konnte nicht verwundern. Kaum jemand konnte begreifen, dass es demokratisch sein soll, wenn man bei deutlicher erster Ablehnung so lange wählen kann, bis das gewünschte Ergebnis erreicht ist. Viel Lob gab es für die Nachbarschaftskonferenz tags zuvor am Schlaatz. Klaus Jorek gab, unterstützt von Sascha Krämer, eine kurze Einschätzung der Beratung, an der sich viele Einwohner beteiligt hatten. Dabei sei es auch um die Bedeutung des Integrationsgartens im Wohngebiet gegangen, der unbedingt gesichert werden muss.



## Lächerlich

Die Geschichte, die erzählt werden muss, ist die, dass just zu der Sitzung, in der als Tagesordnungspunkt 8 eine neue Beigeordnete/ein neuer Beigeordneter für Gesundheit, Soziales, Jugend und Ordnung gewählt werden sollte auch ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Führungspositionen in Potsdams Stadtverwaltung“ verhandelt werden sollte – allerdings als Tagesordnungspunkt 9.40. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg als Fraktionsvorsitzender der LINKEN brachte zur Abstimmung über die Tagesordnung den Vorschlag ein, den Antrag der Grünen doch vor der Wahl der/des Beigeordneten zu behandeln – zwingend logisch eigentlich, denn hier hätte man nach vorhersehbarer Zustimmung zum Antrag der Grünen auch gleich eine beschlussfeste Grundlage für die Beigeordnetenwahl gehabt. Aber nicht so mit den Grünen in Potsdam. Peter Schüler sprach gegen die Tagesordnungsveränderung und meinte pfeffrig: Er erkenne den Sinn des LINKEN-Vorschlages – und erntete dafür ein saalfüllendes Lachen, das wohl allerdings nicht seiner billigen Erkenntnis galt, sondern dem lächerlichen Tun der Grünen-Fraktion, denn sie hatte im Vorfeld signalisiert, innerhalb der Rathausko-

operation die Wahl des vom Oberbürgermeister vorgeschlagenen SPD-Fraktionsvorsitzenden Mike Schubert zu unterstützen – ganz entgegen ihrem eigenen Beschlusssentwurf und oft genug postulierten Selbstverständnis als der Partei, der nichts wichtiger sei als Gleichstellung.

In diesem besonderen Fall hatte sich sogar die dringende Chance ergeben, dass eben eine Bewerberin um das Amt von dem mit dem Auswahlverfahren beauftragten Personalberatungsunternehmen Kienbaum Consultants International GmbH favorisiert worden war.

Zur Ehrenrettung der Grünen kann man vielleicht anführen, dass zumindest anzunehmen ist, dass bei dem zu einer Posse ausartenden Wahlverfahren zumindest im ersten Wahlgang Gegenstimmen auch aus der Grünen-Fraktion abgegeben wurden (23:31). Im zweiten Wahlgang reichte es immer noch nicht, obwohl es offenbar drei Stadtverordnete nicht so ernst gemeint hatten mit ihrer Gegenstimme (26:27). Erst im dritten Anlauf bekam Mike Schubert die denkbar knappste Mehrheit (27:26). Man wählt eben so lange, bis das Ergebnis genehm ist – eine lt. Kommunalverfassung wohl mögliche Variante, aber ein sehr spezielles Verständnis von Demokratie.

Und dazu wäre erneut schallendes Gelächter angebracht, wenn es nicht so ernst wäre.

# RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

Vi.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam